

01.03.2021 - Indien

## **Bauernproteste, Fridays for Future und globale Ernährung**

*von Dominik Müller*

Das vielzitierte «Schwellenland» Indien ist im wesentlichen immer noch eine Agrargesellschaft.

Nirgendwo außer in China und Indien leben so viele Menschen vom primären Sektor, d.h. von der Fischerei, dem Sammeln und Jagen oder eben von der Land- und Viehwirtschaft.

Etwa die Hälfte der mehr als 1,3 Milliarden InderInnen bestreitet damit den Lebensunterhalt, viele auf Basis der Selbstversorgung, d.h. ihre Agrarwirtschaft dient vor allem der eigenen Ernährung, wird nicht vom Bruttosozialprodukt erfasst, nur der Überschuss wird verkauft. Mehr als 80 Prozent der Bauern in Indien bauen auf weniger als zwei Hektar Land an. Zum Vergleich: In Deutschland beträgt die Durchschnittsfläche eines landwirtschaftlichen Betriebs etwa 60 Hektar.

Seit der Marktöffnung Anfang der 90er Jahre sind die indischen Bauern zunehmend der globalen Konkurrenz ausgesetzt, vor allem die Verschuldung hat mehrere hunderttausend von ihnen in den Selbstmord getrieben. Agrarexperten wie P.Sainath bezeichnen die Verschuldungsspiralen als «neoliberalen Terrorismus». Schon vor der Modi-Regierung wurden die Bauern in Sonntagsreden umgarnt, staatliche Unterstützung aber immer weiter abgebaut. Sie tragen lediglich 17 Prozent zur indischen Wirtschaftsleistung bei und gelten als «unproduktiv».

Mit den neuen Agrargesetzen, gegen die sich die aktuellen Proteste richten, soll nun auch noch die letzte Bastion, der garantierte Mindestpreis für viele wichtige Agrarprodukte, abgeschafft werden. Die Bauern sollen künftig «frei» ihre Lebensmittel verkaufen können. Die Profiteure werden Supermarktketten und andere Aufkäufer sein, die, wie hierzulande, die Preise für die Produzenten immer weiter drücken und für die Verbraucher anheben werden. Die neuen Agrargesetze entsprechen auch den Forderungen der EU, die seit Jahren den Entwurf eines Freihandelsabkommens mit Indien in der Schublade liegen hat.

Seit mehreren Monaten protestieren nun Bauernverbände und Gewerkschaften gegen diese Gesetzentwürfe. Anfangs waren es die Bauern aus dem Norden und Zentralindien, mittlerweile haben sich auch Landwirte aus anderen Teilen Indiens und landlose Arbeiter angeschlossen, ebenso Studierende, Wissenschaftler und Intellektuelle. Die Bauern organisieren Traktor-Korsos, besetzen zentrale Zufahrtsstraßen in die Hauptstadt und

errichten Protestcamps.

Die Regierung reagierte von Anfang an mit Härte, bezeichnet die Proteste als «antinational», angestiftet aus China und Pakistan. Sie zensiert die Presse, verhaftet Journalisten, sperrt das Internet und geht mit Gewalt gegen friedliche Straßenblockaden vor. Landwirte werden massenhaft inhaftiert. Trotzdem wächst die Bewegung immer weiter an, fast alle Oppositionsparteien unterstützen sie. Es sind die größten Bauernproteste in der Geschichte Indiens.

### **Greta Thunberg unterstützt**

Popstar Rihanna und Greta Thunberg, die Ikone von Fridays for Future (FfF), kommen zwar nicht aus China oder Pakistan, werden nun aber von der Regierung ebenfalls als «antinational» gebrandmarkt. Sie hatten es gewagt, die Proteste öffentlich zu unterstützen. Mitte Februar wurde die 22jährige Disha Ravi in Neu-Delhi verhaftet. Sie ist eine der Sprecher:innen von FfF in Indien und hatte zusammen mit Greta Thunberg eine Anleitung zur Unterstützung der indischen Bauernproteste in den sozialen Medien verbreitet. Gegen zwei weitere FfF-Aktivist:innen hat die Regierung Haftbefehle ausgestellt.

Die Bedeutung dieses Kampfes kann kaum unterschätzt werden: Die Tage der rechtsextremen Regierung in Neu-Delhi könnten gezählt sein. Und es geht um die Zukunft der Welternährung: Wenn das globale Bauernsterben auch in Indien weiter um sich greift, wird es kaum noch aufzuhalten sein, dass die letzte große Bastion der kleinbäuerlichen Landwirtschaft geschliffen wird.